

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 4

Artikel: Wie die Labour Party funktioniert
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338234>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

J. W. Brügel (London)

Wie die Labour Party funktioniert

Seit mehr als 20 Jahren nehme ich als Berichterstatter an den alljährlichen Parteitage der Labour Party teil, und immer habe ich mir vorgenommen, einmal darüber mehr zu schreiben als einen landläufigen Bericht. Andere vordringliche Arbeiten haben die Verwirklichung dieses Wunsches bisher verhindert, aber jetzt will ich versuchen, darzustellen, worin sich britische Parteitage von ähnlichen Veranstaltungen auf dem Kontinent unterscheiden. Ich habe als Delegierter, als Gast oder als Berichterstatter an vielen sozialdemokratischen Parteitage in einigen Ländern teilgenommen. Sie hatten mit der Jahreskonferenz der Labour Party gerade nur den Namen gemeinsam.

Ein britischer Parteitag ist eine regelmässig wiederkehrende und von langer Hand vorbereitete Angelegenheit, die sich genau nach einem vor Jahrzehnten niedergelegten Ritual abspielt. Bis 1949 tagte man im Mai, aber da es in diesem Monat Gemeindewahlen zu geben pflegt, verlegte man den Parteitag auf die erste Oktoberwoche. Seitdem ist er ein fester Bestand des britischen politischen Lebens, das nach den Sommerferien traditionell mit dem *Gewerkschaftskongress* in der ersten Septemberwoche einsetzt. Dann ist etwa zwei Wochen Ruhe, worauf die *Liberalen* immer als erste ihre Jahrestagung abhalten. Ihnen folgt die Labour Party und in der Woche darauf die *Konservativen*, die von den Sozialisten im Laufe der Jahre einiges davon abgeschaut haben, wie man sich demokratisch räuspert und wie man spuckt, ohne aber das Vorbild erreichen zu können. Zwei Dinge, die am Kontinent Selbstverständlichkeiten sind, kennt man auf britischen sozialistischen Tagungen nicht: Referate und Begrüssungsansprachen von Ausländern. Was zunächst letztere betrifft, gehören nur alljährliche Begrüssungsansprachen des Gewerkschaftsbundes und des Genossenschaftsbundes zum Ritual. Manchmal ist der Name «Begrüssungsansprache» nur ein Vorwand für eine massive Beeinflussung der Konferenzverhandlungen. 1952 gab es Sturmszenen, als der Sprecher des Gewerkschaftsbundes, der verstorbene Transportarbeiter-Sekretär *Arthur Deakin*, die Anhänger Bevans scharf angriff. Von der Regel, dass die

zahlreich anwesenden Vertreter der Bruderparteien vom Kontinent oder der Internationale nur stumme Zuhörer sind, hat man 1969 eine Ausnahme gemacht, deren Gewährung aber ganz im Belieben der Vorsitzenden *Eirene White* stand. *Helmut Schmidt*, damals Fraktionsvorsitzender der SPD, war mit einem Sonderflugzeug zu einem Blitzbesuch zum Parteitag nach Brighton gekommen und musste am Nachmittag des gleichen Tages wieder in Bonn bei den Koalitionsverhandlungen sein. Einen so interessanten Gast wollte man natürlich hören und war auch nicht gram, als er sich nicht an die Mahnung der Vorsitzenden hielt, «gerade nur ein paar Worte» zu sagen, und einen ausführlichen Situationsbericht nebst Ratschlägen gab, wie sich die Engländer in der Frage eines Beitritts zum Gemeinsamen Markt verhalten sollen.

Keine feste Traktandenliste

Wie schon gesagt, bei der Labour Party muss sich der Parteivorstand nicht den Kopf darüber zerbrechen, welche Fragen von brennender Aktualität er auf die Traktandenliste des nächsten Parteitages setzen soll. Diese Liste ist immer gleich: es wird kapitelweise der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag sowie der Bericht der Parlamentsfraktion debattiert. Im Zusammenhang mit den einzelnen Kapiteln werden auch die von den Parteiorganisationen eingesandten Anträge behandelt. Daraus ergibt sich schon logisch die Gliederung in Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Fragen des Wohnungsbaues, Gesundheitswesen, Schulfragen, Aussenpolitik usw. Die Kapitel des Parteivorstandsberichtes werden dort, wo das sachlich notwendig erscheint, von einem Mitglied des Parteivorstandes mündlich eingeleitet. Nach Abführung der Debatte über eingelangte Anträge hält ein Parteivorstandsmitglied das Schlusswort und gibt bekannt, wie sich der Parteivorstand zu den Anträgen stellt. Eine Formalität ist die Vorlage des Berichts der Parlamentsfraktion, die *Harold Wilson* mit den Worten «Ich lege den Bericht der Parlamentsfraktion vor» vollzieht. (Die folgenden Ausführungen gehen von der gegenwärtigen Situation aus, in der Labour die Regierungsverantwortung hat, und vom Parteitag 1969. Abweichungen werden besonders vermerkt.) Aber diese Formalität gibt Wilson eine sonst in der Geschäftsordnung nicht vorgesehene Gelegenheit, eine hochpolitische Rede von 50 Minuten zu halten, die den Höhepunkt des Parteitages (immer am Dienstagvormittag) bildet. 1969 war es zunächst eine Abrechnung mit der Demagogie der konservativen Opposition. Seit Menschengedenken hat Grossbritannien keinen Regierungschef gehabt, der es verstand, mit soviel Witz, Geist und Schlagfertigkeit aus seinem Gegenspieler, dem Führer der Opposition Ihrer Majestät, ohne ihn je beim Namen zu nennen, Hackfleisch zu machen. Wilsons Attacken auf den armen Heath, vom Parteitag mit immer stärker werdender Heiterkeit aufgenommen, gipfelten in dem meisterhaft formulierten Angebot: «Unsere Gegner mögen aufhören, über uns Unwahr-

heiten zu erzählen. Dafür würden wir uns verpflichten, über sie nicht mehr die Wahrheit zu verbreiten!» Dem folgte eine eindrucksvolle Aufzählung aller der von der Labourregierung durchgeführten Reformen – nicht einmal alle Parteifunktionäre vergegenwärtigen sich die Bedeutung der Tatsache, dass seit der Regierungsübernahme durch die Partei die staatlichen Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke um 70 Prozent gestiegen sind – und ein pathetischer Abschluss, der Wilson ebenso gelingt wie seine Betätigung in Sarkasmus und beissender Ironie.

Die Anträge an den Parteitag

Aber ich habe vorgegriffen. Der Parteitag beschäftigt die angeschlossenen Organisationen – Gewerkschaften und Ortsvereine – schon Monate, bevor er zusammentritt. Jede angeschlossene Organisation hat das Recht, *einen* Antrag zu einer beliebigen Frage dem Parteitag zu unterbreiten. Ausserdem stehen alle drei Jahre Statutenänderungen zur Debatte, und in den betreffenden Jahren ist auch ein weiterer Antrag die Statuten betreffend zulässig. Der Wortlaut der Anträge muss der Parteizentrale am 15. Juni vorliegen, also Monate vor dem Zusammentritt des Parteitages, der vielleicht in einer ganz veränderten politischen Situation stattfindet. Mit der Frage eines Antrags an den Parteitag beschäftigen sich zuerst die Parteisektionen und schicken das Ergebnis ihrer Beratungen an die Wahlkreisorganisation. Dort liegen dann gewöhnlich drei, vier oder mehr Anträge vor, aus denen eine Auswahl getroffen werden muss. Aber erst müssen die einzelnen Anträge von der betreffenden Sektion begründet, von einem anderen Redner unterstützt («seconded») und jeder für sich debattiert werden. Dann werden sie in der Leitung der Wahlkreisorganisation (Management Committee) entweder angenommen oder abgelehnt. Einer der Anträge mag ein Eingreifen zugunsten eines Friedensschlusses in Vietnam begehren, ein anderer die Sozialisierung der Banken, ein dritter mehr Kindergärten oder Abschaffung der Gebühren im Gesundheitsdienst. Nachdem die Anträge geprüft wurden, wird aus jenen, die man für gut befunden hat, eine Auswahl getroffen. Im Wege einer komplizierten Abstimmung wird ein Antrag nach dem anderen «eliminiert», wie der Fachausdruck lautet, bis auf den einen, der an den Parteitag geht. Die baldige Vorlage an die Parteizentrale ist notwendig, um die eingelangten Anträge allen Parteiorganisationen bekanntzugeben, die jetzt Gelegenheit haben, Abänderungsanträge (Amendments) zu stellen. Im Juli veröffentlicht die Parteizentrale zur Information der angeschlossenen Organisationen den Wortlaut der eingelangten Anträge. Im September folgt eine zweite Broschüre, die auch wieder die Presse erhält und in der die Anträge zusammen mit den Abänderungsanträgen enthalten sind. Letztere stellen oft durch die verlangte Einfügung des Wörtchens «nicht» oder durch das Verlangen nach Auslassungen aus dem Text einen Versuch dar, den Sinn des ursprünglichen Antrags in sein Gegen-

teil umzukehren. (Bei den der Partei direkt angeschlossenen Gewerkschaften entscheidet über Anträge an den Parteitag im allgemeinen der Vorstand.) Manche der auf diese Weise an den Parteitag gelangenden Anträge sind völlig unreal. Einmal soll der Labourregierung der Auftrag gegeben werden, die ganze Industrie und das Kreditwesen zu nationalisieren, ein anderes Mal ihr die Pflicht auferlegt werden, eine «sozialistische» Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne dass gesagt würde, was das konkret bedeutet. Solche Anträge werden nicht ernstlich behandelt, und auch die Antragsteller sehen darin mehr eine Demonstration als eine seriös zu behandelnde Forderung. Aber es liegt in der Natur der Sache und nicht in irgendeiner besonderen Stärke der oppositionellen Strömungen in der Partei, dass unter den etwa 400 Anträgen, die alljährlich einlaufen, die besonders einer Arbeiterregierung gegenüber kritischen überwiegen. Diejenigen, die zufrieden sind, pflegen weniger laut aufzutreten als jene, die aus irgendeinem Grund unzufrieden sind. Die nach Sensationen happige Presse legt alljährlich, die Dinge immer wieder falsch einschätzend, die Zahl und den Ton der «oppositionellen» Anträge als ein Symptom der Stimmung in der Partei aus, um dann durch den Verlauf des Parteitags regelmässig widerlegt zu werden. Trotzdem tut sie es im Jahr darauf wieder so. Die Anträge des allzeit-loyalen Bergarbeiterverbandes, der Regierung den Dank für ihre Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse auszusprechen, werden als weniger interessant kaum vermerkt.

Der Parteitag findet immer in einem Seebad statt, weil nur dort die Möglichkeit besteht, Delegierte und Gäste in Hotels unterzubringen, die dort in der Nachsaison von unpolitischen Gästen weniger frequentiert werden. Dabei wechselt man immer zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Das Anwachsen der Teilnehmerzahl in den letzten Jahren hat eine Reihe von früher beliebten Konferenzorten, wie Margate an der Südostküste oder Bournemouth an der Südwestküste, ausgeschaltet. Heute nehmen an die 1200 Delegierte am Parteitag teil, von denen viele ihre Frauen oder Männer mitbringen. Dazu kommen die Gäste, die vielen hundert Journalisten und das Rundfunk- und Fernsehpersonal, das allein über 300 Mann stark ist. Alles in allem versammeln sich 3000 bis 4000 Menschen für eine Woche am Ort, an dem der Parteitag abgehalten wird und in dem eine Woche lang auch der Sitz der Regierung ist, was auch noch einen Zustrom an Beamten bedeutet. Daher sind heute nur mehr in drei Orten entsprechende Tagungsmöglichkeiten, in *Blackpool* an der Nordwestküste, in *Brighton* an der Südküste und in *Scarborough* an der Nordostküste.

Strenges Ritual

Nach einem seit Jahrzehnten unveränderten Ritual wird der Parteitag alljährlich am Montag um 9.30 Uhr vormittags eröffnet und am Freitag um 12 Uhr geschlossen. Aber die «sozialistische Woche» am Tagungsort

dauert länger. Sie beginnt am Donnerstag vor dem Parteitag mit der Ankunft der Mitglieder des Parteivorstandes und mit der Übertragung der Regierungstätigkeit in den Konferenzort. Donnerstag und Freitag tagt der Parteivorstand, um die politischen Vorbereitungen für den Parteitag zu treffen, die Rollen zu verteilen, die Haltung zu den eingelangten Anträgen festzulegen und gegebenenfalls vom Parteivorstand vorgelegte «Dringlichkeitsresolutionen» zu Fragen zu formulieren, die erst in den letzten Tagen aufgetaucht sind. (Die technische Durchführung des Parteitags obliegt einem «Conference Arrangement Committee», dessen fünf Mitglieder vom vorhergegangenen Parteitag gewählt worden sind und das während des Parteitags wiederholt zusammentritt.) Der Samstagnachmittag (von 14.30 bis 18 Uhr) ist einer schwierigen Arbeit vorbehalten. Das «Conference Arrangement Committee» tagt mit den Vertretern der antragstellenden Organisationen und bemüht sich, aus den hundert vorliegenden Anträgen die ähnlichen und verwandten zusammenzufassen und Alternativvorschläge auf die Beine zu stellen, etwa je einen Antrag für den britischen Eintritt in den Gemeinsamen Markt und je einen gegen einen solchen Schritt gegenüber mehr kritischen. Dabei wird gewöhnlich ein Gedanke von hier und einer von dort genommen, so dass die ursprünglichen Antragsteller ihr Kind oft kaum wiedererkennen. Da man dazu die Zustimmung der Antragsteller braucht, geht es selten ohne eine starke Dosis guten Zuredens ab. So entstehen die sogenannten «Composite Motions» (zusammengesetzte Anträge). Das ist die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, dass alle divergierenden Gesichtspunkte in der verhältnismässig kurzen zur Verfügung stehenden Zeit des Parteitages zur Geltung kommen.

Der Auftakt

Der Sonntag ist nicht offizieller Kongresstag, und trotzdem ist eine Menge los. 1969 tagte zuerst die Gewerkschaft der Parteiangestellten. Dann gab es einen methodistischen Gottesdienst, bei dem Wilson und sein Stellvertreter George Brown die «Lesson», d. h. Kapitel aus der Bibel vorlasen. Am Vormittag hielt die Gruppierung in der Partei, die sich «Socialist Charter» nennt, einen Brain Trust ab. Nachmittags tagten die sozialistischen Ärzte, der «British Oversea Socialist Fellowship», der die Hilfe für die Entwicklungsländer auf seine Fahne geschrieben hat, eine «Zeitungsgruppe» von Abgeordneten, die betonte, wie wichtig es wäre, dass Labour eine eigene Tageszeitung hat, ein Komitee, das vor einem britischen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft warnt, sowie die Jungsozialisten. Der Regionalrat der Partei für Südengland veranstaltete einen Empfang für die Delegierten mit Harold Wilson und dessen Frau als Ehrengäste. Sonntagabend findet alljährlich eine öffentliche Versammlung mit prominenten Rednern statt. Das ist auch eine Gelegenheit, Leute zu Wort kommen zu lassen, denen das auf dem Parteitag nicht

vergönnt ist. So hat man 1963 in Scarborough, als man *Willy Brandt* dem Parteivolk näherbringen wollte, diesen zum Hauptredner bei der Parteiversammlung gemacht. Der Abend wurde 1969 um 22 Uhr mit einer Filmveranstaltung der Atomwaffengegner abgeschlossen.

Der Vorsitz

Wie schon gesagt, beginnen die eigentlichen Verhandlungen Montag um 9.30 Uhr. Die Formalitäten sind kurz. Erst spricht der Bürgermeister mit Amtskette Begrüssungsworte; in Badeorten ist das nur in seltenen Fällen ein Mitglied der Labour Party, aber auch das ist vor einigen Jahren schon vorgekommen, als der Bürgermeister von Blackpool stolz erklärte, der erste Sozialist in diesem Amt zu sein. (Er hat aber eine Woche später den konservativen Parteitag ebenso herzlich begrüsst.) Dann spricht ein Vertreter der örtlichen Parteiorganisation. Nach ihm oder ihr kommt der oder die Vorsitzende des Parteitages mit einer längeren politischen Eröffnungsrede zu Wort. Eine einzige Person leitet – mit einer noch zu erwähnenden Ausnahme – die Verhandlungen von A bis Z, und zwar der oder die Vorsitzende des Parteivorstandes, gewählt in dessen konstituierenden Sitzung am Ende des vorhergegangenen Parteitages. An die Reihe kommt immer das jeweils «dienstälteste» Mitglied dieser Körperschaft, das das Amt des Vorsitzenden noch nicht ausgeübt hat. Das ganze Jahr über spielt sich das normalerweise nur intern bei den Parteivorstandssitzungen ab. Die Leitung des nächsten Parteitages ist meist das einzige öffentliche Auftreten des oder der Vorsitzenden. Als Professor *Harold Laski* 1945 den Parteivorsitz innehatte – es war im Jahr des grossen Wahlsiegs und der Amtsübernahme durch die Regierung Attlee –, hat er versucht, seiner Funktion eine grössere politische Bedeutung beizulegen; der Versuch stiess auf Widerstand, besonders bei Attlee. Seither wurde er nie wiederholt. Dem Amt kommt keine besondere Wichtigkeit zu, und es ist schon passiert, dass man von Vorsitzenden von heute, die zufällig nicht wieder in den Parteivorstand gewählt wurden, nie wieder etwas gehört hat. Aber die Leitung eines Parteitages mit 1200 Delegierten, von denen manche gerne dem Parteivorstand ein Schnippchen schlagen, verlangt ungewöhnliche Geistesgegenwart, Konzilianz ebenso wie Festigkeit und eine ausgezeichnete Kenntnis der recht komplizierten Geschäftsordnung. Wenn jemand «on a point of order» (zur Geschäftsordnung) das Wort verlangt, muss es ihm auch gegeben werden. Der oder die Vorsitzende muss dann in der Lage sein, die oft sehr geschickten Versuche, unter diesem Vorwand Ausführungen zur Sache selbst an den Mann zu bringen, im Keim zu ersticken. Der oder die Vorsitzende hat zwei Privilegien. Die Eröffnungsansprache ist sein oder ihr Reservat; hier kann er oder sie eine ganz persönliche Interpretation der politischen Probleme zum Ausdruck bringen. Diese Ansprache, so politisch sie im allgemeinen ist, hat keine politische Bedeutung, da sie weder den Partei-

vorstand noch den Parteitag bindet. Das zweite Privileg ist die Freiheit, in Debatten nach Belieben das Wort zu erteilen oder zu sagen «Es wurde schon genug debattiert, jetzt ist Schluss». Immer wird sich «the chair» (wie man den Vorsitz nennt) um Objektivität bemühen, aber es ist menschlich unmöglich, allen gerecht zu werden. Aus der grossen Masse der Delegierten, die sich durch Schwenken mit ihren Papieren zu Wort melden, wählt der oder die Vorsitzende irgend jemanden aus, um dann nach einiger Zeit zu sagen: «Jetzt werde ich noch einem Redner in der Debatte das Wort erteilen, und dann wollen wir den Vertreter des Parteivorstandes zum Schlusswort hören.» Gewöhnlich gibt es Beschwerden, dass in hochpolitischen Debatten zu viel Abgeordnete und zu wenig «einfache» Delegierte zu Worte kommen: gegen diesen Vorwurf wird sich der oder die Vorsitzende rechtzeitig wappnen. Die Abgeordneten ruft Eirene White, die sie aus dem Unterhaus kennt, mit Namen auf, die übrigen Delegierten mit Bezeichnungen wie «Der mit dem Bart in der linken Ecke».

«Plattform» und «Halle»

Die wichtigste Unterscheidung auf einem britischen Parteitag ist zwischen «Plattform» und «Halle». «Plattform» heisst im Parteijargon das erhöhte Podium, auf dem während des Parteitags in zwei Reihen hintereinander die Mitglieder des abtretenden Parteivorstandes, geschart um den oder die Vorsitzende, zusammen mit dem Generalsekretär und dessen Stellvertreter sitzen. (Hinter dem Parteivorstand sitzen die Ehrengäste aus den Bruderparteien und der gegenwärtige Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Hans Janitschek, sowie sein Vorgänger Albert Carthy.) Wer von der «Plattform» und namens des Parteivorstandes spricht, hat unbeschränkte Redezeit. Es ist nur natürlich, dass Ressortminister, die Mitglieder des Parteivorstandes sind, in ihr Ressort betreffenden Debatten autoritative Erklärungen abgeben und dabei oft politische Ankündigungen machen, etwa der Wohnungsbauminister *Tony Greenwood* in einer Debatte über Wohnungsbau. Aber auch Verwalter wichtiger Ressorts, die keinen Sitz im Parteivorstand haben, wie der Ausenminister *Michael Stewart* und der Schatzkanzler *Roy Jenkins*, können an sich zu Ressortfragen nicht von der «Plattform» sprechen. In solchen Fällen macht man das durch besonderen Beschluss möglich. Doch der inzwischen abgelöste Minister für Hilfe an Entwicklungsländern, *Reginald Prentice*, war in Brighton, als sein Tätigkeitsfeld erörtert wurde, auf die kargen fünf Minuten angewiesen, die einem Redner aus der «Halle» zur Verfügung stehen, der vom «Rostrum», dem vor der Plattform aufgebauten, aber niedrigeren Rednerpult aus spricht.

Der Abstimmungsmodus

Gleich nach der Eröffnungsansprache beginnen noch am Montagvormittag die eigentlichen Verhandlungen. Sie werden um 12.30 Uhr ab-

gebrochen und in der Nachmittagssitzung zwischen 14 und 17 Uhr (die 24-Stunden-Zeit hat sich in England noch nicht durchgesetzt) weitergeführt. Dienstag- oder Donnerstagnachmittag findet eine geschlossene Sitzung statt, die sich mit internen Fragen, den Finanzen der Partei usw. beschäftigt; alle anderen Sitzungen sind öffentlich. In der Verhandlung der einzelnen Kapitel des Parteivorstandsberichts werden die einschlägigen Anträge der angeschlossenen Organisationen mitbehandelt. Sie werden begründet («moved»), unterstützt («seconded») und debattiert. Ein Antrag, der keinen unterstützenden Redner hat, gelangt nicht zur Verhandlung. Dann folgt die Abstimmung, entweder durch Handaufheben, durch Zuruf oder mit Stimmkarten («card vote»). Im ersteren Fall fordert der oder die Vorsitzende zunächst jene Delegierten, die für die Annahme sind, auf, die Hand zu erheben; dann folgt die Gegenprobe und die Erklärung «This is carried» (Das ist angenommen) oder «This is lost» (Das ist abgelehnt). Bei Abstimmungen durch Zuruf lautet die Aufforderung «All those in favour say ‚Aye‘» (Alle, die dafür sind, mögen Ja rufen). Es folgt die gleiche Aufforderung zum «No»-Rufen, und wenn die Ja-Rufe dröhnender klingen, ist der Antrag angenommen: «The ‚Ayes‘ have it.» Dieser Abstimmungsmodus gilt aber nur für politisch weniger umstrittene Fragen oder dann, wenn die sich der Schwäche ihrer Position bewussten Antragsteller es lieber vermeiden möchten, dass diese durch eine genaue Auszählung allzu sichtbar wird. Bei politischen Streitfragen wird beinahe immer auf einer Abstimmung mit Karten bestanden, und auch wenn schon auf die einfachere Art abgestimmt worden war, muss einem aus der Halle kommenden Ruf «card vote», wenn sofort geltend gemacht, entsprochen werden. Da dabei die vom Delegierten vertretene Mitgliedszahl ins Gewicht fällt, kann eine solche Abstimmung das umgekehrte Ergebnis haben als eine durch Handaufheben oder Zuruf. Die Delegierten legen Ja- oder Nein-Karten in den Schlitz der hölzernen Behälter, die von den «tellers» (ein aus dem Unterhaus übernommener Ausdruck für Funktionäre, die das Abstimmungsergebnis verkünden – aber am Parteitag tun sie es nicht) im Saal herumgetragen werden. Die Karten verzeichnen die vertretene Mitgliederzahl. So hat der Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, *Jack Jones*, Abstimmungskarten, auf denen «Eine Million» steht. Hinter den Kulissen wird dann das Abstimmungsergebnis durch Rechenmaschinen festgestellt und in etwa zehn Minuten von der «Plattform» aus verkündet. Manchmal hat der Parteivorstand selbst ein Interesse daran (wenn er sich sicher fühlt), dass ein oppositioneller Antrag eindeutig, d. h. mit erdrückender Stimmenzahl abgelehnt wird; dann wird er selbst ein «Card vote» vorschlagen. Dann gibt es wieder Fälle, in denen Antragsteller einer Niederlage ausweichen wollen. So hat in Brighton der (kommunistisch unterwanderte) Verband der Industriezeichner einen extremistischen Antrag vorgelegt, sofort und bedingungslos alle Verhandlungen über einen Beitritt zum Gemeinsamen

Markt abzubrechen. Es gibt in der Labour Party viele Gegner eines solchen Beitritts, aber sie ziehen vor, weil man so eher bei einer Abstimmung Erfolg hat, das als Sorge um genug Sicherungen für Grossbritannien zu tarnen. Ein resolutes «Nein» spricht bloss eine geringfügige Minderheit an. Das wussten die Antragsteller sehr genau. Sie nützten die Situation mit allen Kräften für sich aus, indem sie ihren Standpunkt in aller Breite begründen konnten. (Antragsteller und Unterstützer haben je zehn Minuten Redezeit. Nach Ablauf der Redezeit flammt ein – vom Generalsekretär-Stellvertreter bedientes – rotes Licht auf der Rednertribüne auf, und es ist unbarmherzig Schluss.) Als es zur Abstimmung kam, zogen sie ihren Antrag im letzten dafür zulässigen Augenblick zurück. Was dem oberflächlichen Betrachter als grosszügiges Entgegenkommen an den Parteivorstand erscheint, war in Wirklichkeit ein raffinierter politischer Schachzug.

Manchmal sagt der Sprecher des Parteivorstandes, dieser würde irgendeinen Antrag annehmen, d. h. seine Annahme empfehlen, aber ihn in einem bestimmten Sinne verstehen, der den Antragstellern recht fernliegen mag. Dagegen ist nicht aufzukommen; das ist eines der Privilegien der «Plattform», die sich so aus einer Verlegenheit ziehen kann. Manchmal besteht der Vorschlag des Parteivorstandes in dem Ersuchen an Antragsteller und Unterstützer, auf eine Abstimmung zu verzichten und der Zuweisung eines Antrages an den Parteivorstand («to remit») zuzustimmen. Das macht man, wenn man nicht Ja sagen will, aber an dem Antrag nicht genug auszusetzen findet, um eine Empfehlung für ein Nein auszugeben. Wenn Antragsteller und Unterstützer aber auf der Abstimmung beharren, gilt die Empfehlung für Ablehnung. Zuweisung an den Parteivorstand ist aber kein Begräbnis dritter Klasse. Dem nächsten Parteitag muss berichtet werden, was in der Sache vorgekehrt worden ist.

Das Gesicht von Parteitagsbeschlüssen

In keinem Statut ist festgelegt, ob und inwieweit Parteitagsbeschlüsse die Parteinstanzen binden. 60 Jahre lang hatte diese Frage keine praktische Bedeutung, weil der Parteivorstand nie auf einem Parteitag in einer politischen Frage in die Minderheit geraten war. Aber 1960 wurde sie aktuell; denn am Parteitag von Scarborough hatte sich eine kleine Mehrheit für einen einseitigen britischen Verzicht auf Kernwaffen ergeben, während die traditionelle Haltung der Partei auf international vereinbarte allgemeine Abrüstung gerichtet war. Dass der Parteivorstand geschlagen werden würde, stand vorher fest; denn obwohl er die Mehrheit der Stimmen der politischen Organisationen für sich hatte, hatten sich die Transportarbeiter als grösste Gewerkschaft für den entgegengesetzten Standpunkt erklärt und ihnen war die Delegation der zweitgrössten Gewerkschaft (Maschinenbauer) gefolgt, die in einer dramatischen internen Abstimmung die entgegengesetzte Weisung des Verbands-

vorstandes verwarf (wozu sie dem Verbandsstatut gemäss berechtigt war). Auf die sich abzeichnende Niederlage reagierte der Parteiführer *Hugh Gaitskell* in seiner Schlussrede mit einer Kampfansage, indem er in einer emotionsgeladenen Atmosphäre die historisch gewordenen Worte sprach:

«Genosse Vorsitzender, es sind viele unter uns, die bereit sind, zu kämpfen, zu kämpfen und wieder zu kämpfen, um die Partei zu retten, die wir lieben.»

Die Parlamentsfraktion, die nach britischer Tradition in allen Parteien das ausführende Organ der Politik ist, hielt an der Unterstützung des Gedankens der multilateralen Abrüstung auch in bezug auf Kernwaffen fest, und am Parteitag von Blackpool 1961 konnte Gaitskell den Triumph erleben, dass der Beschluss von 1960 mit grosser Mehrheit umgestossen wurde. Damals war die Partei in Opposition. Wurde es ernstlich nicht bestritten, dass die Parlamentsfraktion selbständig ist und vom Parteitag keine Weisungen entgegenzunehmen hat, galt das noch mehr von der Labourregierung, die sich nur dem ganzen Lande gegenüber verantwortlich fühlt. Darum hatte es auch weiter keine Folgen, als der Parteitag von Blackpool 1968, vor allem mit den Stimmen der grossen Gewerkschaften, die Lohn- und Einkommenspolitik der Regierung verwarf. 1969 hat er sie in grossen Umrissen sanktioniert durch die Gutheissung einer längeren Programmschrift «Tagesordnung für eine Generation», die eine Lenkung der Lohnpolitik durch die Regierung für unerlässlich erklärt. Obwohl Beschlüsse nicht bindend sind, haben sie doch ihre Bedeutung: eine Parteiführung, die in einer politischen Frage in dauerndem Konflikt mit dem Parteitag liegt, könnte sich nicht halten.

Die Wahlen in den Parteivorstand

Jedes Jahr gibt es einen aufregenden Moment am Dienstagvormittag, wenn das Ergebnis der – schriftlich vorgenommenen – Wahlen in den Parteivorstand vom Vorsitzenden des «Conference Arrangement Committee», der von der «Plattform» sprechen darf, verlesen wird. Zuerst liest er mit Angabe der Stimmenzahlen die Namen der zwölf Gewerkschaftsvertreter, die von den Gewerkschaften allein gewählt wurden sowie die Namen und Stimmenzahlen jener Kandidaten, die nicht gewählt wurden. Hier gibt es selten Sensationen. Für den den sozialistischen Vereinen (Fabier usw.) im Parteivorstand vorbehaltenen Sitz liegt immer nur eine Nominierung vor, so dass eine Abstimmung entfällt. Anders ist das beim Schatzmeister, der in Wirklichkeit sehr wenig mit den Finanzen der Partei zu tun hat (um die sich der Generalsekretär kümmert), der sich aber traditionsmässig einer sehr starken Position in der Partei erfreut, weil er ein vom ganzen Parteitag gewähltes Mitglied des Parteivorstandes ist. Darum tobt um diese Stelle oft ein heftiger Kampf. *Aneurin Bevan* hat 1954 auf einen ihm sicheren Sitz in der Gruppe der von den eigentlichen Parteioorganisationen gewählten Parteivorstandsmitglieder verzichtet und

hat als Schatzmeister kandidiert, im Bewusstsein, gegen den Gegenkandidaten *Gaitskell* verlieren zu müssen, der damals von den grossen Gewerkschaften gestützt wurde. Für Bevan war es eine Demonstration, die er alljährlich wiederholen wollte, eine Kampfansage vor allem an seinen eigenen Verband, die Bergarbeiterorganisation. 1955 wurde Bevan wieder von Gaitskell geschlagen, aber 1956 zum Schatzmeister gewählt, als er nicht mehr den zur Parteiführung vorgerückten Gaitskell, sondern den damals noch weniger bekannten *George Brown* zum Gegenkandidaten hatte. Jetzt kandidiert alljährlich *Michael Foot* gegen den im Amt befindlichen Schatzmeister *James Callaghan*. Er weiss, dass er nicht siegen kann, aber er tut es der Demonstration und des Kräftermessens wegen. Im politischen Leben Grossbritanniens kommt es nicht nur darauf an, ob man gewinnt oder verliert, sondern auch darauf, in welchem Ausmass man gewinnt oder verliert.

Ob es im Zeitalter der Gleichberechtigung der Frauen weiter notwendig ist, den weiblichen Parteimitgliedern fünf Sitze im Parteivorstand vorzubehalten, ist in der Partei umstritten, aber eine Änderung ist unwahrscheinlich, weil diese fünf Sitze eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Position darstellen. Über diese Sitze stimmt nämlich der ganze Parteitag ab, und die gewerkschaftlichen Stimmen geben da den Ausschlag. Aber die Gewerkschaften treten nie als Block auf, sondern es kommt zu Koalitionen von einzelnen von ihnen mit einzelnen Parteiorganisationen.

Das politische Interesse konzentriert sich immer auf die Gruppe der sieben Parteivorstandssitze, die den eigentlichen Parteiorganisationen vorbehalten sind und über die nur diese abstimmen. Die Wochenschrift «Tribune» führt seit Jahren eine Kampagne, man möge keine Minister in dieser Gruppe in den Parteivorstand entsenden, weil Minister sich durch Regierungsbeschlüsse gebunden fühlen und nicht vor allem den Willen der Parteimitglieder vertreten können. Diese Kampagne hatte bisher nur das eine Ergebnis, dass *Richard Crossman*, gegenwärtig Minister für soziale und Gesundheitsfürsorge, auf eine weitere Kandidatur für den Parteivorstand verzichtete – er hätte andernfalls kaum eine Niederlage erlitten. Obwohl *Barbara Castle* als Arbeitsminister im Mittelpunkt der Kontroversen über Einkommenspolitik und Streikrecht stand, hat das ihrer Beliebtheit beim Parteivolk keinen Abbruch getan: sie wurde mit der grössten Stimmenzahl wiedergewählt. (Frauen können natürlich auch in anderen Gruppen kandidieren als in der den weiblichen Parteimitgliedern vorbehaltenen. Ausser *Barbara Castle* gehört in der allgemeinen Gruppe auch die Abgeordnete *Joan Lestor* dem Parteivorstand an.) Auch die beiden anderen Minister, die hier kandidierten (*Tony Greenwood* und *Tony Wedgwood-Benn*) wurden mit hohen Stimmenzahlen 1969 wiedergewählt.

Veranstaltungen am Rande des Parteitages

Wenn die Parteitagsverhandlungen von Montag bis Donnerstag um 17 Uhr schliessen, beginnt für viele Teilnehmer erst die eigentliche Tätigkeit. Schlag 17.15 Uhr setzen in anderen Lokalen die Veranstaltungen «am Rande des Parteitages» ein; denn eine solche Gelegenheit, Sozialisten aus dem ganzen Lande beisammen zu haben, wollen sich weder die sozialistischen Agrarfachleute noch etwa die sozialistischen Juristen entgehen lassen. Eine Poale-Zion-Veranstaltung (Poale Zion ist der Labour Party korporativ angeschlossen) wirbt um Verständnis für Israel. 1969 ist zum erstenmal eine Gruppe mit einer Veranstaltung hervorgetreten, die den entgegengesetzten anti-israelischen Standpunkt der arabischen Staaten propagiert. Den Gegnern einer britischen Hinwendung zu Europa antwortet das «Labour Committee for Europe» mit einem Mittagessen, bei dem der Aussenminister, *Michael Stewart*, die bisher stärkste pro-europäische Rede eines Labourfunktionärs hält, sowie mit einer Nachmittagsveranstaltung, die weitere Argumente für einen EWG-Beitritt bietet. Manche dieser Veranstaltungen, wie die des Kreises um die Monatsschrift «Socialist Commentary», stellt Ministern, die am Parteitag nicht zu Wort kommen können, eine Redegelegenheit zur Verfügung. Der Verteidigungsminister, *Denis Healey*, war früher häufig als Parteitagsredner zu hören. Als Minister muss er schweigen; denn Fragen seines Ressorts stehen nicht zur Debatte und zu Fragen, die in das Ressort eines anderen Ministers gehören, kann er sich nicht äussern, abgesehen davon, dass ihm da höchstens fünf Minuten Redezeit zustünden, da er kein Parteivorstandsmitglied ist. Da ist eine Nachmittags- oder Abendveranstaltung ein guter Ausweg. Manche dieser Veranstaltungen werden nur im kleinen Rahmen abgehalten, der aber doch gesamtstaatlich ist; oft sind unter den Zuhörern fast ebenso viele neugierige Journalisten als andere Teilnehmer. Eines grossen Zulaufs erfreut sich immer die von der Wochenschrift «Tribune» für Mittwochabend einberufene Versammlung, denn dort sprechen zwei «oppositionelle» Parteivorstandsmitglieder – *Tom Driberg* und *Ian Mikardo* – frisch von der Leber weg, während sie am Parteitag selbst mit ihren privaten Ansichten hinter dem Berg halten müssen. Das interessiert auch Leute, die mit ihnen gar nicht einverstanden sind, besonders natürlich die Presse.

Dann gibt es am Montag einen Empfang des Parteivorstands für die ausländischen Gäste und am späten Abend einen von der Gewerkschaft der Parteiangestellten veranstalteten Tanz; am Dienstagabend einen Empfang beim Bürgermeister und am Donnerstagabend einen Tanz, zu dem die örtliche Parteiorganisation einlädt. Ausserdem veranstalten die der Partei angeschlossenen Gewerkschaften je ein Abendessen für ihre Delegation, zu dem sie sich gerne einen zugkräftigen Redner versorgen. Am späten Abend sitzen die Delegierten in den Hotelhallen vor den Fernseh-

geräten und sehen und hören sich nochmals an, was sie tagsüber gesehen und gehört haben. (Die wichtigsten Debatten werden überdies im Fernsehen «live» übertragen.)

Sentimentaler Ausklang

Von Montagfrüh bis Donnerstagnachmittag wird nach einem gewissen Plan vorgegangen. In der Schlusssitzung am Freitagvormittag gibt es «gemischtes Gemüse», bisher unerledigten Stoff jeder Art. Zum Ausklang setzt man alljährlich eine sentimentale Note an. Sobald die Tagesordnung erledigt ist, übernimmt der Generalsekretär für etwa eine Viertelstunde den Vorsitz, denn jetzt kommt die «Motion of Thanks» (die Danksagung) für den Vorsitzenden oder die Vorsitzende, die man in diesem Augenblick nicht gut präsidieren lassen kann. Es spricht je ein «Mover» (Antragsteller) und ein «Seconder» (Unterstützer), und es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass dabei etwas Originelles gesagt werden muss; leere Phrasen sind verpönt. 1962 war *Harold Wilson* Vorsitzender des Parteitages in Brighton. Die obligate Danksagung war zwei Rednern anvertraut worden, dem jüngsten und dem ältesten Delegierten. Der älteste Delegierte – er war etwa 80 – hiess Herbert Wilson, was weiter nicht auffiel, weil das ein ziemlich häufiger Name ist. Er erzählte einiges über die Agitationsarbeit, die Harold Wilson in seinem Wahlkreis in der Nähe von Liverpool leistete, erwähnte, dass er dem «Mr. Chairman» dabei wiederholt geholfen habe, und erbot sich, bei späterer Gelegenheit wieder zur Stelle zu sein. Dann sprach – auch das gehört zum Ritual – ein Vertreter der anwesenden Journalisten Worte des Dankes für die Hilfe des Parteiapparates bei der Bewältigung der Aufgabe, über den Parteitag zu berichten. Darauf übernahm Wilson wieder den Vorsitz und setzte zu seiner Schlussrede an, in der der Absatz stand:

«Dem ‚Seconder‘, im Herzen jung, wenn schon nicht in Jahren, möchte ich meine respektvolle Anerkennung für seine erste Parteitagsrede aussprechen. Ich danke ihm für das, was er gesagt hat, für sein Versprechen, wieder zu kommen und mir wieder seine wertvolle Hilfe im Wahlkreis zu gewähren, sobald die nächste Wahl kommt. Die Konferenz wird verstehen, dass das nicht die einzigen Dinge sind, die ich meinem Vater zu verdanken habe.»

Erst durch diese Andeutung erfuhren die Delegierten, dass es Wilsons Vater gewesen war, der gesprochen hatte. – Wenn alles gesagt worden ist, wird die «Rote Flagge» gesungen, zur Melodie von «O Tannenbaum», was Mitteleuropäern leicht komisch vorkommen muss, sowie «Auld Long Syne». Dabei bilden die Parteivorstandsmitglieder auf der «Plattform» durch Verschränken der Arme eine Kette, die sich nach der Melodie hin und her bewegt. Die Delegierten in der «Halle» machen das nach. Um 12 Uhr ist alles vorbei, wenigstens für die Delegierten. Für die politischen Kommentatoren, besonders der Sonntagsblätter, beginnt jetzt erst die

eigentliche Arbeit des Analysierens der Beschlüsse sowie der dabei erzielten Mehrheitsverhältnisse.

Blick zur Konkurrenz

Ich habe auch gelegentlich an konservativen Parteitag teilgenommen, die im allgemeinen im gleichen Saal, aber in einer ganz veränderten Atmosphäre, eine Woche später stattfinden. Fern sei es von mir, in jedem sozialistischen Funktionär einen Geistesriesen und in jedem nichtsozialistischen Politiker einen Dummkopf zu sehen. Auch wenn man mit ihm nicht übereinstimmte, war es ein hoher Genuss, einer der Reden zu folgen, mit der *Churchill* einen konservativen Parteitag abschloss; auch *Macmillan* war ein sehr wirkungsvoller Redner. Trotzdem muss auch ein objektiver Betrachter – und ich behaupte gar nicht, hier ganz objektiv zu sein – sagen, dass bei jedem Vergleich die Sozialisten besser abschneiden. Dem Parteivorstand der Labour Party stellen die Konservativen auf der «Plattform» ihr «Schattenkabinett» entgegen, und erst wenn man die beiden Mannschaften miteinander vergleicht, ist man richtig stolz darauf, zur sozialistischen Bewegung zu gehören.

Dr. H. M. Sutermeister

Die kommende interkantonale Schulkoordination und ihre Probleme

Seit Jahren fordern weite Kreise unserer Bevölkerung eine bessere Koordination, das heisst Angleichung unserer 25 schweizerischen Schulsysteme, weil die Binnenwanderung unserer Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunimmt. Leider wird aber ein Ortswechsel von einem Kanton zum andern meist mit einem Verlust an Schuljahren der Kinder erkaufte – eine Folge der alteingesessenen kantonalen Schulhoheit! Schon 1799 in der «Helvetik» und dann wieder 1882 versuchten die Bundesräte Stapfer und Schenk ein «eidgenössisches Schulgesetz» zu entwerfen, aber immer wieder scheiterten solche Versuche am traditionellen kantonalen Föderalismus. Mit der Parole «Kampf dem eidgenössischen Schulvogt» wurden so noch in unserem Jahrhundert zentralistische Tendenzen im Schulwesen mit grosser Zähigkeit bekämpft bis dann durch 90 000 Unterschriften eben neuerdings der Bund und die Erziehungsdirektoren-Konferenz beauftragt wurden, auch diesem neuen «Willen des Volkes» Rechnung zu tragen. Man beschränkte sich wohlweislich zunächst auf äussere Organisationsprobleme, wie einheitlicher Schuljahrsbeginn, einheitliches Schuleintrittsalter und einheitliche Schulpflichtdauer, um keinen neuen «Kulturkampf» zu wecken, denn z. B. eine gleichzeitige Vereinheitlichung der Lehrmittel würde sofort konfessionelle,